

# Mehr Waffen und weniger Pastoren: Deutschlands neue Koalition hat Pläne für Israel und Palästina

Shir Hever, middleeasteye.net, 14.12.21

**Die SDP-Grüne-FDP-Koalition will verstärkt Waffen und Überwachungstechnik von israelischen Firmen kaufen und hat Israels Sicherheit als „Staatsräson“ bezeichnet.**

Der Vertrag erklärt weiter, dass gute Beziehungen zu Israel bedeuten, es vor Kritik in der UNO abzuschirmen. Von der Palästinensischen Autonomiebehörde wird erwartet, dass sie die Gewalt gegen Israel eindämmt, ohne dass dies von der Besatzungsmacht in Palästina erwartet wird.

Nach all den Versprechungen im Wahlkampf haben die Deutschen oft eine klarere Vorstellung davon, was ihre neue Regierung zu erreichen gedenkt, wenn die Koalitionsvereinbarungen veröffentlicht werden.

Was die sich anbahnende SDP-Grüne-FDP-Koalition betrifft, so wurde die Vereinbarung der Parteien am 24. November veröffentlicht und enthält einige interessante Änderungen, aber auch Fortsetzungen im Vergleich zur Ära Angela Merkel in Bezug auf Israel und Palästina.

Die Themen Israel und Palästina finden sich am Ende des 177 Seiten umfassenden Dokuments zur Nahostpolitik, beginnend mit der Verpflichtung, die Sicherheit Israels als „Staatsräson“ Deutschlands zu betrachten. Dieser Begriff wurde von der Vorgängerregierung verwendet und in deutschen politischen Kreisen weithin so verstanden, dass Deutschlands Unterstützung für Israel Vorrang vor der öffentlichen Meinung oder demokratischen Entscheidungsprozessen hat.

Der Vertrag erklärt weiter, dass gute Beziehungen zu Israel bedeuten, es vor Kritik in der UNO abzuschirmen. Von der Palästinensischen Autonomiebehörde wird erwartet, dass sie die Gewalt gegen Israel eindämmt, ohne dass dies von der Besatzungsmacht in Palästina erwartet wird.

Die neu ernannte Außenministerin Annalena Baerbock ist eine junge Politikerin der Grünen, die sich bisher kaum öffentlich zu Israel/Palästina geäußert hat. Es bleibt abzuwarten, wie sie diese Vision umsetzen wird.

„Baerbock ist genauso pro-israelisch wie die vorherige Regierung mit Kanzlerin Merkel und Außenminister [Heiko] Maas, wenn nicht sogar noch mehr“, sagte Annette Groth, eine ehemalige Abgeordnete der Linkspartei, gegenüber *Middle East Eye*.

## Absprachen treffen

Tatsächlich werden die Beziehungen zu Israel bereits an früherer Stelle des Textes angesprochen, wenn auch auf undurchsichtige Weise.

Im Koalitionsvertrag ist die Rede von der Beschaffung bewaffneter Drohnen für die deutsche Armee. Nicht erwähnt wird jedoch, dass das Unternehmen, das bereits mit der Lieferung von Heron-TP-Kampfdrohnen beauftragt wurde, *Israeli Aerospace Industries (IAI)* ist. Die SPD hat sich jahrelang gegen die Aufrüstung des deutschen Militärs mit bewaffneten Drohnen gewehrt, aber die von ihr geführte neue Koalition hat bereits deutlich gemacht, dass solche Waffen Teil ihrer künftigen Strategie sein werden.

Ebenso verspricht die neue Regierung, mehr in die Cybersicherheit zu investieren und fortschrittliche Cyber-Überwachungstechnologie zu beschaffen - obwohl Deutschland solche Technologie bereits vom israelischen Unternehmen *Candiru* gekauft hat.

Die Zeitung *Die Zeit* hat bereits aufgedeckt, dass die deutsche Polizei die umstrittene Spionagesoftware *Pegasus* von der israelischen *NSO Group* gekauft hat, obwohl diese mit mehreren Missbrauchsfällen durch verschiedene autoritäre Regierungen in Verbindung gebracht wurde. Die Polizei behauptet, die Spionagesoftware sei nie benutzt worden.

Vor diesem Hintergrund scheint die Definition der neuen deutschen Koalition von „Staatsräson“ mehr mit Waffengeschäften und Sicherheitskooperation mit israelischen Waffenherstellern zu tun zu haben als mit der diplomatischen Politik im Nahen Osten.

Eldad Beck, Kolumnist der rechtsgerichteten israelischen Zeitung *Israel Hayom*, behauptet, das wahre Interesse der deutschen Regierung liege in der Ausweitung des Handels mit dem Iran, und erwartet, dass die Koalition die Wiederbelebung des Atomabkommens *JCPOA* von 2015 unterstützen wird.

In der Tat ist Deutschland der größte Handelspartner Irans, und im Jahr 2020 beliefen sich die deutschen Exporte in den Iran auf 1,8 Milliarden Euro (2 Milliarden Dollar). Für Deutschland ist der Iran jedoch nur der 58. größte Handelspartner. Unterdessen exportierte Deutschland 2019 Waren und Dienstleistungen im Wert von 5,2 Mrd. Euro nach Israel. Israel ist der 42. größte Handelspartner Deutschlands.

Deutschlands Unterstützung für den *JCPOA* [*Joint Comprehensive Plan of Action*] besteht also nicht aufgrund seiner wirtschaftlichen Interessen in Bezug auf den Iran und Israel, sondern trotz dieser Interessen und hat möglicherweise eher mit dem Interesse der deutschen Regierung zu tun, den Iran am Erwerb von Atomwaffen zu hindern.

Russland und China werden in Deutschland weithin als die Hauptgegner des Landes wahrgenommen, und die Politiker hoffen, dass der *JCPOA* den Iran davon abhalten kann, sich mit diesen Ländern zu verbünden.

## **Rüchläufige Religiosität**

Ein weiterer wichtiger Aspekt der neuen Koalition, der sich wahrscheinlich auf die Beziehungen Deutschlands zum Nahen Osten auswirken wird, ist, dass die neue Regierung die am wenigsten religiöse in der Geschichte Deutschlands seit der Wiedervereinigung von Ost und West ist.

Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnet sich selbst als kirchenfern und hat bei seiner Vereidigung die Worte „so wahr mir Gott helfe“ nicht in seinen Amtseid eingefügt. Darüber hinaus bezeichnen sich sechs Minister im Kabinett als konfessionslos, und einer, der neue Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, bezeichnet sich als „säkularer Muslim“.

Traditionell war die überwiegende Zahl der prominenten deutschen Politiker evangelische Christen. Da die Christlich Demokratische Union (CDU) zum ersten Mal seit 2005 in der Opposition ist, dürfte der Einfluss der evangelischen Kirche auf die deutsche Politik geringer denn je sein.

Diese Tatsache ist für die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel von besonderer Bedeutung, da die deutschen Politiker eine zutiefst theologische Sichtweise auf das Land haben. Ulrich Duchrow, ein pensionierter Theologe der Universität Heidelberg, erklärte gegenüber *MEE*, dass die deutsche evangelische Kirche 2017 ein Bekenntnis zu Israel/Palästina ablegte, indem sie den Antisemitismus der christlichen Tradition nach dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden anerkannte und sich mit ihm auseinandersetzte.

„Die Kirche hat einen Deal gemacht: Die Vergebung der deutschen Schuld wird mit dem Verzicht auf klare Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen des Staates Israel erkaufte. Der rheinische Zweig der Kirche betrachtet den Staat Israel sogar als ein ‚Zeichen der Treue Gottes‘“, sagte er.

Da die neue Koalition weniger an die Lehren der evangelischen Kirche gebunden ist als jede Regierung vor ihr, hat sie mehr Freiheit, israelische Verstöße gegen das Völkerrecht zu kritisieren. Insbesondere wird im neuen Koalitionsvertrag erwähnt, dass der israelische Siedlungsbau im besetzten Westjordanland nach internationalem Recht illegal ist.

*Shir Hever ist Vorstandsmitglied der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten*

Übersetzung: AK Nahost Berlin

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/germany-israel-palestine-plans-new-government-more-weapons>